

Verteilungsbericht 2010: Entwicklung und Verteilung des Arbeitseinkommens in der Schweiz

GAV-Verhandlungen und Lohnentwicklung 2009 und 2010

In der Lohnrunde 2008/2009 ist es den Gewerkschaften gelungen, deutliche Lohnerhöhungen durchzusetzen. Im Durchschnitt der Gesamtarbeitsverträge (GAV) aller Branchen betrug die ausgehandelten Effektivlohnanpassungen für 2009 2.6 Prozent gegenüber 2.2 Prozent im Vorjahr. Der überwiegende Anteil der Lohnerhöhungen von durchschnittlich 1.9 Prozent wurde generell für alle Arbeitnehmenden ausgehandelt, weniger als ein Drittel für individuelle Lohnerhöhungen. Im industriellen Sektor erhöhten sich die GAV-Löhne durchschnittlich um 2.4, im tertiären Sektor um 2.8 Prozent (BfS 2009a). Damit setzte sich die leicht günstigere Entwicklung der letzten fünf Jahre im Dienstleistungssektor auch 2009 fort. Die Mindestlöhne in den GAV konnten 2009 durchschnittlich sogar um fast 3.2 Prozent angehoben werden.

Die guten Lohnabschlüsse für 2009 waren möglich, weil die meisten Verhandlungen bereits im Spätherbst 2008 abgeschlossen waren. In diesen Monaten wurde zwar die Krise der Finanzindustrie offensichtlich (Konkurs Lehman Brothers), aber es war noch nicht klar, in welchem Ausmass diese die gesamte Wirtschaft betreffen würde. Nach dem Spitzenjahr 2007 war zudem absehbar, dass die Abschlüsse der meisten Schweizer Firmen auch 2008 noch befriedigend ausfallen würden.

Die BfS-Statistik über die Entwicklung der Durchschnittslöhne bestätigt diesen Trend: Die durchschnittliche Erhöhung der nominellen Löhne erreichte 2009 zwar nicht den Zuwachs der GAV-Löhne, war mit 2.1

Hans Baumann

Hans Baumann, 1948, ist Ökonom und Mitglied der Kerngruppe des Denknetzes. Bis 2008 war er in der Gewerkschaft Unia für die Wirtschafts- und Kollektivvertragspolitik und für internationale Fragen zuständig. Heute ist er als Berater, Dozent und Autor für verschiedene schweizerische und europäische Projekte tätig.

Prozent aber beachtlich. Da gleichzeitig die Teuerung rezessionsbedingt um 0.5 Prozent zurückging, stieg die Kaufkraft um 2.6 Prozent an (BfS 2010a). Dies war seit Jahrzehnten der höchste jährliche Reallohnzuwachs in der Schweiz.

Anders als bei den GAV-Löhnen erhöhten sich die Durch-

schnittslöhne des industriellen Sektors mit 2.3 Prozent aber mehr als die Löhne im Dienstleistungssektor, die dieses Jahr nur um 2.0 Prozent stiegen. Hier machte sich die Krise des Finanzsektors bemerkbar: In diesen Firmen wurden vor allem übertarifliche Lohnbestandteile gekürzt. Über mehrere Jahre gesehen stiegen die Löhne im Dienstleistungssektor aber etwas mehr an als in der Industrie und im Gewerbe.

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2004– 2009	2010 P
Industrie	0.7%	1.2%	1.1%	1.5%	1.8%	2.3%	8.6%	0.1
Baugewerbe	0.4%	1.1%	1.1%	1.7%	2.0%	2.0%	8.3%	0.7
Dienstleistungen	1.2%	0.9%	1.2%	1.7%	2.1%	2.0%	9.1%	1.0
Gesamtwirtschaft	0.9%	1.0%	1.2%	1.6%	2.0%	2.1%	8.8%	
GAV-Löhne aller Branchen mit GAV	1.1%	1.6%	1.8%	2.0%	2.2%	2.6%	11.3%	0.7

1. Nominelle Lohnentwicklung 2004 bis 2010 nach Branchen (jährliche Veränderung)

Quellen: Nominallohnentwicklung 2004–2009: Statistische Durchschnittslöhne gemäss Lohnindex BFS SSUV.

GAV-Löhne: Erhöhung der Effektivlöhne in GAV gemäss BfS, Gesamtarbeitsvertragliche Lohnabschlüsse.

Die Prognose für 2010 beruht auf den GAV-Abschlüssen gemäss BfS.

Die ab Herbst 2009 laufenden Kollektivverhandlungen 2009/2010 standen dann ganz im Zeichen der Krise und der während der Verhandlungen rückläufigen Preisentwicklung. Da in der Regel immer die aufge Laufene, also vergangene Teuerung ausgeglichen wird, waren die Gewerkschaften in einer schwierigen Situation. Trotzdem gelang es in vielen Branchen und Betrieben, Lohnanpassungen von rund einem Prozent oder auch mehr zu erreichen. Im Gewerbe waren die Lohnabschlüsse etwas besser als in der Industrie, wo es auch einige »Nullrunden« absetzte (SGB 2010). Das BfS schätzt die Lohnentwicklung für das erste Quartal 2010 über alle Branchen auf 1.2 Prozent. Die Erhöhung der Effektivlöhne laut GAV-Abschlüssen belief sich aber nur auf 0.7 Prozent (BfS 2010b). Die tatsächlichen Erhöhungen 2010 dürften deshalb eher unter 1 Prozent bleiben. Bei einem Anstieg der Konsumentenpreise von 1.1 Prozent, wie ihn das Staatssekretariat für Wirtschaft Seco im Juni 2010 prognostizierte, würde dies bereits wieder einen Reallohnverlust bedeuten.

Auch für dieses Jahr ist es gelungen, in einigen GAV die Mindestlöh-

ne deutlich zu erhöhen. Weitere qualitative Verbesserungen wurden nur wenige realisiert: In einigen GAV erfolgte eine leichte Erhöhung der Feriendauer beziehungsweise die Einführung eines (bescheidenen) Vaterschaftsurlaubs. Immer noch aufs Eis gelegt ist der GAV für Temporärarbeit, dessen Allgemeinverbindlichkeitserklärung wegen zahlreicher Einsprachen beim Seco blockiert ist. Nach einem längeren Arbeitskonflikt konnten zudem erstmals Gesamtarbeitsverträge für die Zeitungszustellung und für temporär angestelltes Flugpersonal abgeschlossen werden (SGB 2010).

Reallohnentwicklung, Verteilungsbilanz und Lohnquote

Stagnierende Reallöhne in einer wirtschaftlichen Aufschwungphase wie jener von 2004 bis 2007 bedeuten, dass die Löhne hinter der Entwicklung der Arbeitsproduktivität herhinken. Die Gewinne steigen dann ungleich stärker an, und der Lohnanteil am Volkseinkommen sinkt (= negative Verteilungsbilanz). Diese Entwicklung setzte sich auch 2008 noch fort: Die Arbeitsproduktivität stieg zwar kaum mehr an, die Reallöhne gingen aber nochmals deutlich zurück, so dass die Umverteilung auch 2008 anhielt.

Einen deutlichen Umschwung gab es erst 2009: Die guten Lohnabschlüsse der Verhandlungen 2008/2009 bei rückläufiger Teuerung erlaubten einen einmaligen, realen Lohnzuwachs. Weil aufgrund der Krise gleichzeitig die Arbeitsproduktivität einbrach, konnte ein grosser Teil des Lohnrückstandes der letzten Jahre wettgemacht werden. Legt man

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2004– 2009	2010 P
Nominallöhne	0.9	1.0	1.2	1.6	2.0	2.1	8.8	0.7
Reallöhne	0.1	-0.2	0.1	0.9	-0.4	2.6	3.1	-0.4
Arbeitsproduktivität	0.4	2.2	2.1	1.7	0.1	-1.8	4.7	1.5
Lohnrückstand (Veränderung der Verteilungsbilanz)	-0.3	-2.4	-2.0	-0.8	-0.5	4.4	-1.6	-1.9

2. Reallöhne, Arbeitsproduktivität und Lohnrückstand (Veränderungen zum Vorjahr in Prozent)

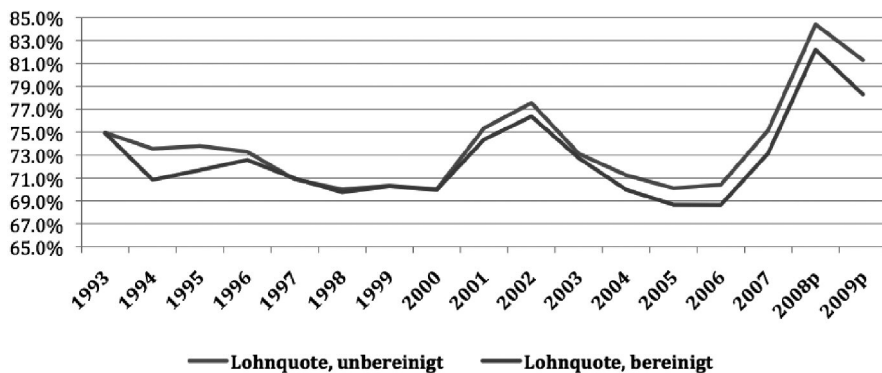
Quellen: Nominallohntwicklung 2004-2010: Lohnindex BfS.

Reallöhne: Indexiert mit der durchschnittlichen Jahresteuern des laufenden Jahres. Arbeitsproduktivität: Pro geleistete Arbeitsstunde gemäss BfS (2008 prov.), für 2009/2010 Berechnungen/Prognosen KOF-ETHZ.

die noch provisorischen Daten über die Entwicklung der Arbeitsproduktivität für 2008 und 2009 zugrunde, reichte es aber nicht ganz, um den Vorsprung der Gewinne, der sich in den letzten vier Jahren akkumuliert hat, auszugleichen.

Zudem lässt sich aus Prognosen für die Preisentwicklung und die Arbeitsproduktivität dieses Jahres schliessen, dass der erneute Umschwung zugunsten der Gewinne bereits eingesetzt hat. Für 2010 erwarten wir bei leicht sinkenden Reallöhnen einen Lohnrückstand von gegen 2 Prozent.

Betrachtet man die Entwicklung der Lohnquote, also des Lohnanteils am Volkseinkommen, ergibt sich mindestens bis 2007 das gleiche Bild, obschon die statistischen Grundlagen für die Lohnsumme in der nationalen Buchhaltung andere sind als für den Lohnindex des BfS.¹ Die Entwicklung der Lohnquote (siehe Darstellung 3) unterscheidet sich aus zwei Gründen von den Berechnungen, die wir im Jahrbuch 2008 gemacht haben (Mach 2008). Der wichtigste Grund ist die inzwischen erfolgte Revision der Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung: Die revidierten Zahlen weisen beim Bruttoinlandsprodukt, Volkseinkommen und der Produktivität für die letzten Jahre einen höheren Zuwachs aus. Die Folge war, dass die Lohnquote auch von 2005 bis 2006 nochmals gefallen ist, während wir in unseren letzten Verteilungsberichten noch mit einem Wiederanstieg gerechnet hatten. Zudem haben wir jetzt für die Berechnung der Lohnquote zum ersten Mal jene Bezugsgrössen aus der nationalen Buchhaltung errechnet, die für die Bestimmung der Lohnquote international üblich sind.² Damit werden diese Ergebnisse auch besser mit anderen Ländern vergleichbar. Letzteres ändert vor allem die absolute Höhe der Lohnquote.



3. Entwicklung der Lohnquote von 1993 bis 2009.

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung BfS, SAKE BfS, zur Berechnung siehe Endnote 2. Für 2009 Schätzung aufgrund KOF-ETHZ Konjunkturanalyse 2010/2011

Von 2003 bis 2006 stimmt der Verlauf der Lohnquote mit den Berechnungen in Darstellung 2 überein: Die Verteilung zwischen Löhnen und Gewinnen hat sich extrem zugunsten der Gewinne und Vermögenseinkommen verschoben. Die bereinigte Lohnquote ist 2005 und 2006 in der Schweiz auf ein historisches Rekordtief von 68.7 Prozent gefallen. Noch nie in den letzten 20 Jahren wurde die Schwelle von 69 Prozent unterschritten. Im Gegensatz zur Berechnung in Darstellung 2 steigt die Lohnquote aber bereits 2007 wieder an. Die Ursache dafür liegt jedoch nicht in der Stagnation der Gewinne. Vielmehr sind die im Inland erwirtschafteten Gewinne gemäss der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nochmals um rund 12 Prozent (!) angestiegen, während die Löhne nominell nur um 1.6 Prozent zunahmen. Der Grund liegt darin, dass im Volkseinkommen der Schweiz die Vermögenseinkommen aus dem Ausland, aber auch die Abflüsse an das Ausland eine grosse Rolle spielen. Die Grösse dieser Einkommensflüsse ist dadurch erklärbar, dass das Nettovermögen der Schweiz gegenüber dem Ausland laufend zugenommen und 2008 einen neuen Rekordstand von 686 Milliarden Franken erreicht hat (BfS 2009b). Der Einkommenssaldo aus diesen Positionen bezeichnet die Einnahmen, die Banken und Industrieunternehmen netto aus ihren ausländischen Vermögen (Wertschriftenbesitz und Direktinvestitionen) beziehen. Diese Einnahmen machten in den letzten Jahren jeweils mehr als die Hälfte der im Inland erzielten Gewinne aus. 2006 zum Beispiel betrug der Saldo der Vermögenseinnahmen aus und vom Ausland rund 48 Milliarden Franken. Die im Inland erzielten Gewinne beliefen sich auf rund 88 Milliarden. 2007 sank dann dieser Saldo infolge der Finanzkrise sehr schnell auf 17.2 Milliarden, wodurch das Volkseinkommen stagnierte. 2008 wurde dieser Saldo sogar negativ, so dass das Volkseinkommen allein aus diesem Effekt deutlich zurückging, während das BIP immer noch zunahm. Hinzu kam eine erste Stagnation der inländischen Gewinne. Die Folge war, dass die Lohnquote nach einem historischen Tief gleich auf ein historisches Hoch von über 80 Prozent schnellte. Dabei dürfte es sich jedoch um einen einmaligen Ausschlag aufgrund der Sondereffekte der Finanzkrise handeln. Bereits 2009 gab es eine Kehrtwende: Der Saldo der Vermögenseinkommen wurde gemäss den Berechnungen der KOF/ETHZ wieder deutlich positiv, so dass die Lohnquote schnell wieder sank (KOF/ETHZ 2010). Aufgrund unserer Berechnungen in Darstellung ist ein weiteres deutliches Absinken im Jahr 2010 zu erwarten.

Ein Vergleich mit den Nachbarländern und der EU insgesamt zeigt, dass sich die Lohnentwicklung und Verteilungsbilanz in den meisten Ländern Europas und insbesondere auch in unseren Nachbarländern

ähnlich entwickelt haben. Dem kleinen realen Lohnzuwachs im Jahr 2007 folgte ein Jahr mit sinkender Kaufkraft, in erster Linie verursacht durch die rasch steigenden Preise. Dies konnten die Gewerkschaften mit entsprechenden Lohnforderungen im Jahr 2009 ausgleichen. Eine Ausnahme war Deutschland, das auch in den »guten Jahren« 2007 und 2009 sinkende Reallöhne verzeichnete. Damit hat sich dort die ohnehin starke Wettbewerbsposition nochmals verbessert, mit all den negativen Folgen für die deutschen Handelsbilanzüberschüsse und den daraus resultierenden Ungleichgewichten in Europa (Schulten 2010).

Ganz unterschiedlich haben sich die Reallöhne in den mittel- und ost-europäischen EU-Ländern entwickelt. Während sie in Polen, in der Slowakei, in Slowenien, Rumänien und Bulgarien noch deutlich zunahmen oder mindestens konstant gehalten wurden, hat sich die Situation der Arbeitnehmenden in den baltischen Ländern und in Ungarn dramatisch verschlechtert. In diesen Ländern gab es Kaufkraftverluste von beinahe 10 (Ungarn) bis zu 20 Prozent (Lettland) innerhalb von zwei Jahren.

	Reallöhne: Veränderung in Prozent				Veränderung der Verteilungsbilanz* in Prozent			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Schweiz	0.9	-0.4	2.6	-0.4	-0.8	-0.5	4.4	-1.9
Österreich	0.8	-0.1	2.6	0.7	-0.9	-0.4	5.5	-1.1
Deutschland	-1.3	-0.7	-0.2	0.5	-2.1	-0.6	4.7	-0.5
Frankreich	0.9	-0.5	1.1	0.4	-0.1	-0.4	1.5	-1.7
Italien	0.2	-0.2	0.9	-0.2	-0.1	1.2	4.5	-1.7
Ungarn	-1.1	0.6	-5.4	-4.1	-2.2	-1.3	-1.8	-4.4
EU-27	0.8	-0.4	0.7	0.2	-0.3	-0.2	2.8	-1.8

4. Entwicklung der Reallöhne und Verteilungsbilanz in Europa von 2007 bis 2010.

* Verteilungsbilanz = Reallöhne – reale Arbeitsproduktivität

Quellen: Thorsten Schulten 2010, eigene Berechnungen für die Schweiz, Quellen siehe Darstellung 2.

Bis 2008 war die Verteilungsbilanz für die Arbeitnehmenden negativ. Das änderte sich 2009, da die guten Lohnabschlüsse mit der tiefen Inflation und den rasch sinkenden Gewinnen des Krisenjahres 2009 zusammenfielen. 2010 zeichnet sich aber bereits wieder eine Kehrtwende ab: Unternehmensgewinne und Vermögenseinkommen steigen in den meisten europäischen Staaten wie auch in der Schweiz wieder stärker an als die Löhne.

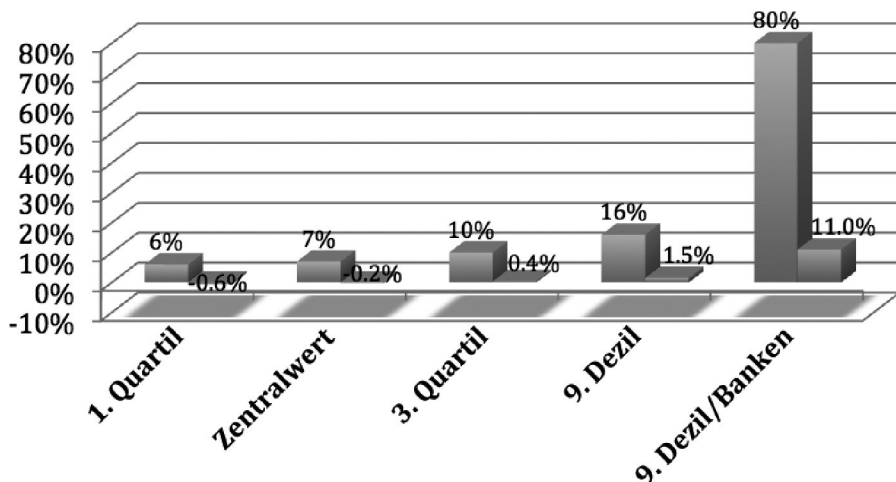
Die Verteilung von Löhnen und Einkommen

In den Verteilungsberichten 2008 und 2009 hatten wir aufgezeigt, dass auch die Verteilung unter den Lohn- und Gehaltsempfängern ungleicher geworden ist. Vor allem die oberen und obersten Lohnkategorien konnten ihre Einkommen stärker verbessern als die unteren und mittleren Kategorien. Illustrieren lässt sich diese Entwicklung unter anderem anhand der Analyse der grossen börsenkotierten Unternehmen, in denen die Lohnspreizung zwischen den Topsalären und den Tieflöhnen bis 2007 rasant zugenommen hat.

2008 wurden die Topsaläre in vielen Firmen krisenbedingt etwas gesenkt, was aber an den enorm gewachsenen Unterschieden grundsätzlich nichts änderte. Die Geschäftsberichte 2009 der grossen börsenkotierten Unternehmen, die von der Gewerkschaft Unia analysiert wurden (Unia 2010), zeigen, dass aus der Krise nichts gelernt wurde. Nachdem viele Firmen ihre Höchstsaläre im Vorjahr gedeckelt hatten, stiegen die Managersaläre 2009 bereits wieder an. Die Differenz zwischen den Tieflöhnen und den durchschnittlichen Salären der Konzernleitungsglieder (die so genannte Lohnschere) wuchs in den 25 wichtigsten Unternehmen im Durchschnitt um 8 Prozent. Insbesondere in den Banken und Versicherungen sind die Managerlöhne erneut kräftig erhöht worden. Die Ethos-Studie über die Vergütungen der Führungskräfte, die 49 Unternehmen des SMI und des SMIM erfasst, bestätigt diese Analyse. Gemäss dieser Studie sind die Vergütungen der Topverdiener im Jahr 2009 insgesamt um 21 Prozent gestiegen und heute praktisch wieder auf dem gleichen Niveau wie vor der Krise (Ethos 2010).

Breite und repräsentative Resultate über die Verteilung der Löhne auf einzelne Einkommensgruppen liefert die Lohnstrukturhebung des BfS (BfS 2010c). In den letzten beiden Verteilungsberichten hatten wir festgestellt, dass zwischen Mitte der 1990er-Jahre und 2006 die Ungleichheit zwischen den oberen und obersten Löhnen und den tiefen und mittleren Löhnen zugenommen hat. Die obersten zwei Zehntel der LohnempfängerInnen konnten ihre Gehälter bedeutend mehr erhöhen als die Arbeitnehmenden in den unteren und mittleren Lohnkategorien. Nur das unterste Zehntel der LohnempfängerInnen schnitt ebenfalls überdurchschnittlich gut ab. Dies vor allem als Resultat der Mindestlohnkampagnen der Gewerkschaften.

Inzwischen sind die neuen Daten der Lohnstrukturhebung 2008 verfügbar. Sie bestätigen für die Periode 2006 bis 2008 nicht nur den oben erwähnten Trend. Unsere zusätzliche Auswertung liefert auch teilweise spektakuläre, neue Ergebnisse zur Lohnverteilung.



5. Reallohnentwicklung nach Lohnklassen.

Quelle: Lohnstrukturerhebung (LSE) 2008 des Bundesamtes für Statistik, eigene Berechnungen.

Die roten Balken in Darstellung 5 widerspiegeln die Entwicklung von 2006 bis 2008. Gemäss Lohnindex BfS ergab sich in diesen Jahren ein leichter Reallohnanstieg von 0.5 Prozent. Aus der Lohnstrukturerhebung ist nun ersichtlich, dass die untersten 50 Prozent der Lohnempfänger in diesen Jahren Kaufkraftverluste zu verzeichnen hatten. Dies allein schon aufgrund der Bruttolöhne, also noch ohne Berücksichtigung der gestiegenen Krankenkassenprämien usw. Die Beschäftigten mit den tiefsten Löhnen (das untere Viertel, 1. Quartil) erlitten den grössten Verlust (-0.6 Prozent). Auch im Bereich des Zentralwerts von 5800 Franken pro Monat gab es noch einen Kaufkraftrückgang von -0.2 Prozent. Der Reallohnzuwachs beschränkte sich also allein auf die obere Hälfte der Verdienenden. Beim 3. Quartil betrug er 0.4 Prozent, und erst im oberen Viertel nahm er bis 1.5 Prozent beim 9. Dezil zu. Der Lohn, bei dem das oberste Zehntel der LohnempfängerInnen beginnt, betrug 2008 aber »nur« 10'555 Franken. Es ist also klar, dass die Löhne in den oberen Regionen noch viel mehr profitierten. Deutlich wird dies, wenn das oberste Dezil nach Branchen aufgeschlüsselt wird. Am meisten profitiert haben demnach die Gutverdienenden bei den Banken: Die Löhne der obersten 10 Prozent der LohnempfängerInnen stiegen hier in zwei Jahren um ganze 11 Prozent! Überdurchschnittliche Lohnerhöhungen im obersten Segment gab es auch bei den Versicherungen mit rund 5 Prozent realer Verbesserung.

Noch deutlicher wird die Ungleichheit, wenn man die Entwicklung von 1994 bis 2008 betrachtet. Die untere Hälfte der LohnempfängerIn-

nen, die einen Lohn bis zum Zentralwert von 5800 Franken brutto bezieht (2008), konnte die Kaufkraft in 14 Jahren um 7 Prozent steigern. Pro Jahr machte das gerade mal ein halbes Prozent Lohnerhöhung aus. Noch schlechter erging es dem unteren Viertel, das Löhne bis zu brutto 4'583 Franken verdient. Hier nahmen die Löhne noch etwas weniger zu, nämlich nur um 6 Prozent in 14 Jahren. Das waren nach Abzug der Teuerung gerade mal 231 Franken mehr als 1994. Beim oberen Viertel der Löhne (3. Quartil) sieht es schon etwas besser aus – diese stiegen um 10 Prozent. Krass ist jedoch der Unterschied zu den 10 Prozent der LohnbezügerInnen, die am meisten verdienen, also denjenigen mit 10'555 Franken im Monat und mehr (9. Dezil). Sie verdienten real gesehen ganze 16 Prozent mehr als 1994, in Geld gemessen, nach Abzug der Teuerung, immerhin 1300 Franken mehr pro Monat.

Die Ungleichheiten verstärken sich nochmals, wenn man – ebenfalls über die letzten 14 Jahre gesehen – die Verteilung unter den obersten 10 Prozent der LohnbezügerInnen anschaut: In der Banken- und Versicherungsbranche haben die 10 Prozent der Bestverdienenden nämlich ihren Verdienst nach Abzug der Teuerung nicht ›nur‹ um 16, sondern um ganze 80 Prozent (!) steigern können. Das waren über 8000 Franken pro Monat mehr gegenüber den 231 Franken des unteren Viertels.

Bei den Löhnen stellen wir also eine stark wachsende Ungleichheit fest, die noch über das hinausgeht, was üblicherweise an den ›Abzocker‹-Löhnen sichtbar wird. Diese beschränken sich ja auf wenige Dutzend Spitzenbezüge, die in den Jahresberichten der Grossunternehmen veröffentlicht werden.

Die zunehmende Ungleichheit bei den Löhnen bedeutet aber nicht automatisch, dass sich auch die Gesamteinkommen der Haushalte ungleich entwickelt haben, denn diese enthalten neben den Einkommen aus unselbstständiger (Lohn-)arbeit auch Selbstständigen-Einkommen, Vermögenseinkommen, Renteneinkommen und anderes mehr. Arm sein oder nicht arm sein ist letztlich vom Einkommen abhängig, das im gesamten Haushalt verdient wird, wobei der Lohnanteil jedoch für die meisten die wichtigste Grundlage ist. Im letzten Verteilungsbericht hatten wir festgestellt, dass sich die Schere zwischen arm und reich auch bei den Haushaltseinkommen weiter aufgetan hat. Inzwischen liegen die Daten für 2007 vor, die diesen Trend deutlich bestätigen. Darstellung 6 zeigt die Ergebnisse für das Bruttoäquivalenzeinkommen.³

Gemäss diesen Zahlen verfügte das unterste Zehntel der Haushalte also brutto – das heisst vor Steuern, Krankenkassenprämien etc. – nur über 3.9 Prozent des Einkommens, das untere Viertel nur über 11.7 Prozent, wohingegen das oberste Zehntel 20.7 Prozent des Einkommens be-

Quantil	Quantilanteile/Verhältnis		
	2004	2006	2007
1. Dezil	4.3%	4.2%	3.9%
10. Dezil	19.6%	20.0%	20.7%
Verhältnis 10. Dezil/1. Dezil	4.6	4.8	5.3
1. Quartil	13.1%	13.0%	11.7%
4. Quartil	40.6%	41.1%	43.8%
Verhältnis 4. Quartil/1. Quartil	3.1	3.2	3.8

6. Verteilung des Brutto-Äquivalenzeinkommens von 2004 bis 2007

Quelle: BfS, Verteilung der Äquivalenzeinkommen 2004, 2006 und 2007.

zog. Die Zahlen für 2007 belegen, dass die Ungleichheit innerhalb nur eines Jahres nochmals markant zugenommen hat. Verfügte das oberste Zehntel 2004 noch über 4.6 Mal mehr Einkommen als das unterste Zehntel, waren es 2007 schon 5.3 Mal mehr! Ebenso deutlich hat sich die Ungleichheit zwischen dem obersten und dem untersten Viertel verschärft. Aufgrund der ökonomischen und sozialen Entwicklung vermuten wir, dass diese Umverteilung 2008 noch angehalten hat.

In der Darstellung 6 haben wir nur das Bruttoeinkommen festgehalten. Der Vergleich des verfügbaren Einkommens der beiden Jahre, also des Einkommens nach Abzug von Steuern, Krankenkassenbeiträgen etc., zeigt aber eine ganz ähnliche Entwicklung. Das heisst, dass auch die vermeintlich ausgleichende Wirkung von Steuern die Zunahme der Ungleichheit nicht verhindern konnte.

Auf die Entwicklung der Vermögensverteilung wird in diesem Verteilungsbericht nicht detailliert eingegangen, da keine wesentlich neuen Daten für die Schweiz vorhanden sind. Einen Hinweis auf die Entwicklung der grossen Vermögen geben immerhin die jährlich erscheinenden Berichte von Merrill Lynch/Capgemini⁴ und von Boston Consulting⁵. Beide Studien heben hervor, dass der Rückgang des Jahres 2008 überwunden ist⁶ und die grossen Vermögen bereits 2009 wieder deutlich zulegen konnten. Weltweit stieg die Zahl der Millionärshaushalte im Vergleich zum Vorjahr um 14 Prozent, in der Schweiz nahm die Zahl der Dollarmillionäre gar um 19.7 Prozent zu. Die weltweit verwalteten Privatvermögen wuchsen 2009 um 11.5 Prozent. Damit wurde der Rückgang von 2008 bereits wieder wettgemacht.

Fazit: Die Umverteilung geht weiter, das Armutsrisiko steigt

Zwar ist es den Gewerkschaften 2009 gelungen, zum ersten Mal seit vielen Jahren ansehnliche Realloohnerhöhungen zu erkämpfen und so die Verluste des vorherigen Jahres mehr als auszugleichen. Die Verteilungsbilanz konnte auch wieder etwas zugunsten der Löhne verbessert werden. Die Lohnrunde 2009/2010 stand dann aber ganz im Zeichen der Krise, so dass die Kaufkraft 2010 bereits wieder sank. Die ungleiche Lohnverteilung hat in den letzten Jahren zudem dazu geführt, dass die statistisch ausgewiesenen Erhöhungen der Kaufkraft vor allem bei der oberen Hälfte der LohnempfängerInnen zu verzeichnen waren – trotz der erfolgreichen Bemühungen der Gewerkschaften um bessere Mindestlöhne. Die ungleiche Verteilung zwischen wohlhabenden und ärmeren Haushalten ist so noch gewachsen. Viele Menschen sind seit Jahren mit schrumpfenden verfügbaren Einkommen konfrontiert. Hinzu kommen die gestiegene Arbeitslosigkeit und ein gewisser Lohndruck infolge des freien Personenverkehrs, welche die Position der Arbeitnehmenden schwächen. Die Unternehmen werden in den nächsten Jahren versuchen, diese Schwäche auszunützen und ihren Anteil am Sozialprodukt mit Rationalisierungsinvestitionen und mit Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen wieder zu erhöhen.

Die Rezession hat die Schweiz nicht so stark erschüttert wie andere Länder. Allerdings werden deren Folgen, zusammen mit der seit Jahren gewachsenen Ungleichheit, die Lohnabhängigen und breite Kreise der Bevölkerung mit einer gewissen Verzögerung doch noch treffen. Prekäre Arbeitsverhältnisse und das Risiko, arm und von der Sozialhilfe abhängig zu sein, werden zunehmen. Untersuchungen für die Schweiz zeigen, dass die Armutsquote mit einer zeitlichen Verzögerung von ein bis zwei Jahren auf Schwankungen der Konjunktur beziehungsweise der Arbeitslosenzahlen reagiert (Knöpfel 2010). Angesichts der hohen Verschuldung verschiedener Staaten und einer um sich greifenden Spar- und Abbaupolitik ist nicht zu erwarten, dass die europäischen Volkswirtschaften schnell zu genügend hohen Wachstumsraten zurückfinden, um die Arbeitslosenzahlen rasch abzubauen. Diese Entwicklung wird auch an der exportabhängigen Schweiz nicht spurlos vorbei gehen. Es ist also eine schleppende wirtschaftliche Erholung mit dem Risiko von Rückschlägen zu erwarten und damit auch eher eine Verschärfung der Verteilungskonflikte.

Für die Gewerkschaften ist in dieser Situation nicht nur die Verteidigung der Reallöhne und der anderen Arbeitsbedingungen wichtig. Die Entwicklung der letzten zehn Jahre zeigt, dass die Umverteilung von un-

ten nach oben ganz wesentlich zur Entstehung der Wirtschafts- und Finanzkrise beigetragen hat (Horn u.a. 2009). Ein nachhaltiges Wachstum setzt mehr Gleichheit und Gerechtigkeit voraus. Es muss deshalb versucht werden, diese Umverteilung auf allen Ebenen rückgängig zu machen, im internationalen und im nationalen Kontext. Neben der Lohnfrage ist der Kampf gegen den Abbau bei den Sozialversicherungen (Arbeitslosenversicherung, AHV-Revision, Unfallversicherung), der in der Schweiz im Gange ist, eine wichtige Aufgabe, um die Umverteilung von unten nach oben zu stoppen.

Seit einigen Jahren führen die Gewerkschaften einen erfolgreichen Kampf für höhere Mindestlöhne. Ein Problem aber bleibt: Die Gewerkschaften können in der Schweiz nur für knapp 40 Prozent der Arbeitnehmenden überhaupt Löhne aushandeln. Die Ausdehnung der Gesamtarbeitsverträge auf weitere Branchen verläuft entweder sehr stockend (siehe z.B. der Konflikt um den GAV für Temporärfirmen) oder ist für gewisse Branchen wie die Hauswirtschaft momentan kaum denkbar. Gewisse Sektoren mit Niedriglohnsegmenten sind also für die Gewerkschaften in näherer Zukunft kaum erschliessbar und können von den Kampagnen für mehr Lohngerechtigkeit nicht oder nur sehr indirekt profitieren. Ein wichtiger Entscheid des SGB in Richtung mehr Verteilungsgerechtigkeit ist deshalb die Lancierung einer Initiative für gesetzliche Mindestlöhne auf nationaler Ebene.⁷ Angesichts der unglaublichen Entwicklung der hohen und höchsten Löhne, wie wir sie aufgezeigt haben, ist die Verteilungsgerechtigkeit aber auch von der anderen Seite her anzugehen – also bei den exorbitant hohen Einkommen und Vermögen. Ein wirklicher Erfolg im Kampf gegen die so genannten Abzockerlöhne konnte bis heute nicht erreicht werden – trotz der politischen Diskussionen, die die Finanzkrise ausgelöst hat. Die 1:12-Initiative der Juso Schweiz bietet hier einen provozierenden und interessanten Ansatz.⁸ Zudem diskutiert die Gewerkschaft Unia im Moment eine Initiative für die Besteuerung von Höchstlöhnen (Abzockersteuer).⁹

Anmerkungen

- 1 Der Lohnindex BfS/SSUV misst eine grosse Zahl von Löhnen verunfallter Arbeitnehmer. Für mehrere Jahre wird die Qualifikationsstruktur konstant gehalten, das heisst, die Lohnveränderung aufgrund kurzfristiger Strukturänderungen wird nicht erfasst. Zudem sind unregelmässige Zulagen wie Boni nicht enthalten. Die Lohnsumme aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung steigt deshalb vor allem bei konjunkturell günstigem Umfeld etwas schneller an. Siehe dazu die Erläuterungen in BfS 2010a.
- 2 Im Denknzetz-Jahrbuch 2008 und in anderen Publikationen wurde bisher die Lohnsumme in Bezug zum BIP oder zum Bruttonationalprodukt BNP errechnet. Korrekt und international üblich ist aber das Verhältnis zum Volkseinkommen zu Faktorkosten (BNP-Abschreibungen-Produktions-/Importsteuern+Subventionen). Zudem haben wir nicht nur die einfache, sondern auch die bereinigte Lohnquote ausgerechnet. Dabei werden die Lohnsumme und das Volkseinkommen mit der Anzahl Arbeitnehmenden bzw. Erwerbstätigen gewichtet. Die gewichtete Lohnquote berücksichtigt also eine eventuelle strukturelle Verschiebung zwischen Arbeitnehmenden und Selbstständig-Erwerbenden.
- 3 Unter dem Äquivalenzeinkommen versteht man ein standardisiertes, aus dem Haushaltseinkommen abgeleitetes und mit der Anzahl Personen in einem Haushalt gewichtetes Einkommen (BfS 2007).
- 4 NZZ Online vom 22.6.2010
- 5 NZZ Online vom 11.6.2010
- 6 Der Rückgang der Vermögen im Jahr 2008 hielt sich in der Schweiz allerdings in Grenzen, weil dem Rückgang der in Aktien und anderen Wertpapieren angelegten Vermögen eine Zunahme der Immobilienvermögen gegenüberstand, die den Rückgang teilweise kompensierte. Die Reinvermögen der privaten Haushalte gingen deshalb 2008 nur um 5.5 Prozent auf 2403 Mia Franken zurück (SNB 2009).
- 7 Siehe Beitrag ›Zwei Initiativen für mehr Gleichheit‹ von Pfister/Gallusser in diesem Jahrbuch.
- 8 Siehe Beitrag ›Zwei Initiativen für mehr Gleichheit‹ von Pfister/Gallusser in diesem Jahrbuch.
- 9 Medienmitteilung der Gewerkschaft Unia vom 23.6.2010. www.unia.ch/Medienmitteilungen.